

## HERKUNFT UND JUGEND

Kurt Georg Kiesinger, dritter Ministerpräsident von Baden-Württemberg und dritter Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, führender Repräsentant der CDU und leidenschaftlicher Parlamentarier, prägte die Politik der jungen westdeutschen Republik als „einer ihrer Baumeister“ (Helmut Kohl) ebenso wie den Weg des 1952 maßgeblich mit seiner Unterstützung geschaffenen Landes Baden-Württemberg.

Der auf manche aristokratisch wirkende Schöngestirnte Kiesinger stammte aus einfachen Verhältnissen. Er kam am 6. April 1904 in Ebingen im Oberamt Balingen zur Welt, damals vor allem aufgrund der ansässigen Textilindustrie einer der „gewerbsamsten Orte des Königreichs“ mit etwa 9.000 Einwohnern. Der evangelische Vater, Christian Kiesinger (1876–1969), leitete damals als Geschäftsführer eine kleine Korsettfabrik. Die katholische Mutter, Dominika Grimm (1878–1904), stammte aus Bubsheim bei Spaichingen und wirkte darauf hin, dass ihr Sohn katholisch getauft wurde. Nach ihrem frühen Tod ging der Vater eine zweite Ehe ein, aus der sechs Kinder hervorgingen.



Nach dem Besuch der Volks- und Realschule in Ebingen wechselte der lernfreudige Kiesinger an das katholische Lehrerseminar nach Rottweil. In dieser Zeit verdiente er sich mit Gelegenheitsarbeiten etwas hinzu und gewann in dem Ebingener Fabrikanten Haux einen Förderer, der ihm nicht nur das 1925 begonnene Studium, sondern auch die Drucklegung eines Gedichtbändchens mit dem Titel „Wallfahrt zu Gott“ finanzierte. Kiesinger studierte Philosophie, Germanistik und Jura in Tübingen und Berlin und trat der katholischen Studentenverbindung Alamannia bei, in der er ein „Stück Heimat“ fand und Kontakte zu Männern knüpfte, die in seinem Leben noch eine wichtige Rolle spielen sollten – so vor allem zu Gebhard Müller und zum späteren Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, Lorenz Bock.

Im Verlauf des Studiums kristallisierte sich Kiesingers Neigung zur Jurisprudenz ebenso heraus wie der Wunsch, in Berlin zu leben. Nach den beiden juristischen Examina ließ er sich als beim Kammergericht zugelassener Rechtsanwalt und gefragter privater Rechtslehrer in der Hauptstadt nieder und schloss 1932 die Ehe mit Marie Luise Schneider (1908–1990), der Tochter eines aus dem Saarland stammenden Rechtsanwalts und Notars in Karlshorst. Der Ehe entstammen eine Tochter und ein Sohn.

Kurt Georg Kiesinger (stehend 4. von links) mit Klassenkameraden während seiner Ebingener Schulzeit. FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA

## Baden-Württemberg

Landeskunde  
Landesgeschichte  
Landespolitik

6 | 2004



Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg

MENSCHEN AUS DEM LAND

1904-1988  
KURT GEORG KIESINGER



## POLITISCHE ANFÄNGE IN DER NACHKRIEGSZEIT

Kurz vor Kriegsende war Kiesinger nach Süddeutschland gekommen und für 18 Monate in Internierungshaft im Lager 74 in Ludwigsburg geraten. Im Februar 1933 war der junge Kiesinger in die NSDAP eingetreten – von der neuen Partei wie viele seiner Generation angezogen. In seinen Memoiren verleugnete er diesen Schritt nicht. 1940 war er als Alternative zur Einberufung zur Wehrmacht in die Rundfunkabteilung des Reichsaußenministeriums verpflichtet worden. 1943 erfolgte die Ernennung zum stellvertretenden Leiter. Nicht nur von ihm selbst, sondern auch von seinen „Schülern“ wissen wir, dass er Distanz hielt zum Nationalsozialismus, dass er in seinen Kursen auf die Unmenschlichkeit des Naziregimes hinwies und sich gegen Rassenwahn und Antisemitismus wendete. In einem Protokoll des SS-Reichssicherheitshauptamts ist festgehalten, Kiesinger habe „antijüdische Aktionen gehemmt und verhindert“. Es gibt keine Hinweise darauf, er habe sich im „Dritten Reich“ persönlich kompromittiert – dennoch führte seine Vergangenheit zur Internierungshaft. Bei seinem politischen Wirken in der Bundesrepublik wurde er dann und wann mit seiner Vergangenheit konfrontiert.

Im Internierungslager in Ludwigsburg organisierte er nach einigen Monaten die Kulturarbeit für die rund 10.000 Gefangenen und erwarb sich die Hochschätzung des Lagerkommandanten. Im September 1946 wurde er entlassen und versuchte erfolglos, in seinem Beruf als Rechtsanwalt wieder Fuß zu fassen. Letztlich strebte er die Rückkehr nach Württemberg an, wo der „bekenkende Schwabe“ auf einen Neuanfang hoffte. Entscheidend für seinen weiteren Lebensweg war das Angebot von Gebhard Müller, des CDU-Vorsitzenden und späteren Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, ihn zum Landesgeschäftsführer der CDU zu bestellen. Die junge interkonfessionelle Volkspartei, der Kiesinger nun beitrug, befand sich in der entscheidenden Phase ihres organisatorischen Aufbaus, den Kiesinger führend mitgestaltete.

Kurt Georg Kiesinger 1973 im Bonner Bundestag. FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA

## ERSTMALS IM BUNDESTAG – FACHMANN FÜR AUßENPOLITIK

Gebhard Müller war tatsächlich „an allem, was dann mit mir geschah, schuld“, denn er setzte Kiesingers Kandidatur für den Bundestag im Wahlkreis Ravensburg-Tettang-Wangen bei der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 durch. Kiesinger wurde mit glänzendem Ergebnis gewählt und fand im Bonner Parlament ein Arbeitsfeld, das ihn ganz ausfüllte. Innerhalb kurzer Zeit erwarb er sich eine führende Rolle als brillanter Parlamentsredner, der sich auch in den Spitznamen „Adenauers Parlamentsdegen“ und „König Silberzunge“ widerspiegelt. Nachdem er Mitte der 1950er-Jahre den Vorsitz im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und im Vermittlungsausschuss übernommen hatte, durfte der CDU-Fachmann für außenpolitische Fragen, als der er rasch anerkannt wurde, davon ausgehen, von Bundeskanzler Konrad Adenauer bei nächster Gelegenheit zum Außenminister berufen zu werden – das einzige politische Amt, nach dem er jemals strebte. Adenauer enttäuschte Kiesingers Hoffnungen, weil er ihn für nicht genügend durchsetzungsfähig hielt. Der Mann, der auch als führendes Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats, der Versammlung der Westeuropäischen Union und der Vorgängerinstitution des Europäischen Parlaments zeigte, wie souverän er sich auf dem damals für Deutsche noch sehr unsicheren internationalen Parkett zu bewegen vermochte, fühlte sich düpiert. In dieser Zeit kam aus Stuttgart das Angebot, die Nachfolge Gebhard Müllers als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg anzutreten. Am 17. Dezember 1958 wählte der Landtag Kiesinger in das Amt. „Bonn wird ärmer“, telegrafierte Herbert Wehner.



## Interessantes zum Land von der LpB

**Baden-Württemberg – Vielfalt und Stärke der Regionen**  
hrsg. v. Hans-Georg Wehling u.a., 400 S., 700 Abb., 2002, 15 EUR

**Baden-Württemberg. Eine kleine politische Landeskunde**  
Text u. Red.: Reinhold Weber, 5. Aufl. 2003, 110 S., kostenlos\*

**Taschenbuch Baden-Württemberg** Gesetze - Daten - Analysen  
Red.: Siegfried Frech, 520 S., Neuauflage 2004, 2,50 EUR

**Alltagskultur in Baden-Württemberg** Schriften zur politischen Landeskunde Bd. 30, Martin Blümcke (Hrsg.): 230 S., 2004, 5,- EUR

**Parteien in Baden-Württemberg** Schriften zur politischen Landeskunde Bd. 31, Michael Eilfort (Hrsg.): 263 S., 2004, 5,- EUR

**Baden-Württemberg enträtseln** – denken, suchen knobeln  
Rätselheft, 2004, 80 S., kostenlos\*

**Gedenkstätten in Baden-Württemberg** Informationen zu Gedenkorten (Geschichte, Arbeit, Angebote), 62 S., 2003, kostenlos\*

**Grundgesetz und Landesverfassung** Lilliput, 2004, kostenlos\*

**Weg der Revolutionäre** Deutsche Revolution in Baden 1848/49, Hefte „Wanderkarten“ und „Informationstafeln“, kostenlos\*

\* in Einzelexemplaren

Die aufgeführten Schutzgebühren verstehen sich zzgl. Versandkosten.

### Die Landeszentrale für politische Bildung (LpB)

- ist eine Einrichtung des Landes Baden-Württemberg, zur Überparteilichkeit verpflichtet,
- will für die Demokratie begeistern,
- hilft zur eigenen Meinung,
- veranstaltet Seminare, Tagungen, Vorträge, Studienreisen, Symposien, Ausstellungen, Politische Tage,
- veröffentlicht Bücher, Broschüren und Zeitschriften und bietet didaktisch-methodische Arbeitshilfen und Spiele an,
- unterhält ihre Tagungsstätte „Haus auf der Alb“ in Bad Urach mit Bibliothek/Mediothek
- und LpB-Shops/Publikationsausgaben am Hauptsitz Stuttgart und in den Außenstellen Freiburg, Heidelberg und Tübingen.

**Bestellungen** und Informationen zum Angebot der Landeszentrale für politische Bildung über:  
LpB-Marketing, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Fax (0711)16 40 99 77, marketing@lpb.bwl.de, www.lpb.bwue.de

### Impressum

Fachreferat Redaktionen Politik & Unterricht/  
Landeskundliche Schriftenreihe,  
Dr. des Reinhold Weber,  
Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart,  
reinhold.weber@lpb.bwl.de

**Gestaltung:** Bertron.Schwarz.Frey  
Gruppe für Gestaltung, Schwäbisch Gmünd

**Druck:** Matthaes Druck, Stuttgart

### Bereits erschienen in dieser Reihe:

1/2000: Vor 150 Jahren – Der Bau der Geislinger Steige  
2/2000: Vor 50 Jahren – Charta der deutschen Heimatvertriebenen  
3/2002: Vor 50 Jahren – Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg  
4/2002: Vor 500 Jahren – Bauernkrieg im Südwesten  
5/2002: Menschen aus dem Land – Matthias Erzberger

## MINISTERPRÄSIDENT IN DER VILLA REITZENSTEIN

Mit Kiesinger folgte dem nüchternen „schwäbischen Hausvater“ Müller ein den schönen Künsten zuneigter Regierungschef, der von seinem Amtssitz, der Villa Reitzenstein, „mit fast barockem Glanz“ regierte (Süddeutsche Zeitung). Anders als sein Amtsvorgänger legte Kiesinger großes Gewicht auf Repräsentation und elegante Darstellung des Staates. Sein Regierungsstil entsprach den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen: Während sein Vorgänger die Zurückhaltung und Sparsamkeit verkörperte, die in den Nachkriegsjahren geboten war, stand Kurt Georg Kiesinger für eine Politik der großzügigen Gestaltung. Er war außerdem der erste Ministerpräsident des Landes, der nicht Landtagsabgeordneter war, sondern aus dem Bundestag nach Stuttgart kam, um hier praktische Landespolitik zu machen.

Grundsteinlegung für das neue Gebäude des Landtags von Baden-Württemberg am 24. Juni 1959. Landtagspräsident Dr. Franz Gurk (CDU) bei der Grundsteinlegung, rechts Fritz Ulrich (SPD) und Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger.

FOTO: LMZ BADEN-WÜRTTEMBERG



Der neue Ministerpräsident übernahm das gesamte Kabinett seines Vorgängers, der im Mai 1956 eine Regierungskoalition aus Mitgliedern aller im Landtag vertretenen Parteien (CDU, SPD, FDP/DVP und GB/BHE) gebildet hatte. Nach der Landtagswahl von 1960, bei der Kiesinger das Mandat des Wahlkreises Saugau gewann, bildete er unter Ausschluss der gestärkt aus der Wahl gegangenen SPD eine neue Regierung.

Der Ministerpräsident, dem Verwaltungserfahrung fehlte und dem man beim Einzug in die Villa Reitzenstein entgegenrief, er sei der Regierungschef der drei großen „R“ – Repräsentieren, Reisen, Reden –, konzentrierte sich bei seiner Regierungsarbeit auf die Integration der „Altbadener“ und auf das innere Zusammenwachsen des „Bindestrich-Landes“, das ohne den vehementen Einsatz des Abgeordneten Kiesinger bei den entscheidenden Abstimmungen im Bundestag 1950 und 1951 wohl nicht geschichtliche Realität geworden wäre. Vor allem auch im bildungs- und kulturpolitischen Bereich hinterließ er nachhaltige Spuren – als Universitätsgründer bleibt er vornehmlich in Erinnerung.



Besuch der englischen Königin Queen Elizabeth II. am 24. Mai 1965 in Stuttgart. FOTO: LMZ BADEN-WÜRTTEMBERG

Mit der Ära Kiesinger begannen der Aufbruch in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Kiesinger wandte sich anspruchsvollen bildungspolitischen Zielen zu, in denen er einen Schwerpunkt der Rolle der Länder im föderalen System sah. In seiner achtjährigen Amtszeit erfolgte die Gründung der Reformuniversität Konstanz, die Gründung der Hochschule Ulm wurde vorbereitet. Pläne für eine zweite medizinische Fakultät der Universität Heidelberg in Mannheim gehen auf ihn zurück. Die Wirtschaftshochschule Mannheim wurde zur Universität erhoben. Mit großer Energie und mit der Einstellung neuer Lehrer trieb der Ministerpräsident den Ausbau der Schulen auf allen Ebenen voran. Mit der Einrichtung der Pädagogischen Hochschulen im Land setzte er weitere Meilensteine in der Bildungspolitik, deren Dynamik erst durch die Wirtschafts- und Finanzkrise von 1966/67 gestoppt wurde. Daneben etablierte sich Baden-Württemberg als attraktiver Wirtschaftsstandort und war mit Ludwigsburg Schauplatz der Besiegelung der deutsch-französischen Freundschaft. Fast völlig vergessen ist heute, dass Kiesinger in der Umweltpolitik mit seinem beharrlichen Kampf gegen die Schiffbarmachung des Hochrheins weithin sichtbare Signale setzte, die vielleicht den Beginn moderner Umweltpolitik im Südweststaat markieren.



## VON STUTTGART NACH BONN – DER BUNDESKANZLER KIESINGER

Nach acht Jahren als Ministerpräsident stand Kiesinger unverhofft ein weiterer Wechsel bevor. Bundeskanzler Ludwig Erhard trat nach nur drei Jahren Kanzlerschaft zurück, nachdem die FDP im Oktober 1966 die Regierungskoalition verlassen hatte. Die letzte Bundestagswahl lag gerade ein Jahr zurück. Kiesinger, der von seiner Partei aufgefordert wurde, sich zum Kanzler wählen zu lassen, wusste, dass er mit der SPD zusammengehen und eine Große Koalition führen musste, um die Bundesrepublik Deutschland in einer Zeit schwerer wirtschaftlicher und finanzieller Rezession zu führen. Am 1. Dezember 1966 wählte ihn der Bundestag zum Bundeskanzler.

Man tut ihm Unrecht, wenn man Kiesinger, der 1967 auch zum CDU-Vorsitzenden gewählt wurde, nachsagt, er habe das Amt des Bundeskanzlers „wie einen Hermelin“ getragen. Sein Sinn für Repräsentation verband sich mit dem Bewusstsein für die großen und verantwortungsvollen neuen Aufgaben. Es waren keine ruhigen Zeiten, in denen er die Bundesrepublik führte, sondern eine Zeit des Übergangs und der Neuorientierung. Kiesinger war der Moderator dieses Übergangs. Es galt, die erste tief greifende Rezession nach dem Wirtschaftswunder zu überwinden, die höchst umstrittene Notstandsgesetzgebung zu verabschieden und außenpolitisch die Wiederannäherung an Frankreich zu finden, die Beziehungen zu den USA zu vertiefen und eine neue Ostpolitik zu gestalten.



US-Präsident John F. Kennedy am 25. Juni 1963 mit Bundesratspräsident Kurt Georg Kiesinger in der Frankfurter Paulskirche. FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA

Daneben bereitete das Erstarren der NPD ebenso Sorge wie die sich anbahnenden Studentenunruhen und der rasche Erfolg der Außerparlamentarischen Opposition (APO). In der Ostpolitik ging die Große Koalition neue Wege, knüpfte diplomatische Kontakte mit Rumänien und Jugoslawien sowie Handelsbeziehungen zur CSSR, führte erste Gespräche mit Vertretern der Sowjetunion und bereitete – sehr vorsichtig und unter stetigem Hinweis auf das Verfassungsgebot der Herstellung der Deutschen Einheit – die Kontaktaufnahme mit der DDR vor. Der überzeugte Europäer Kiesinger war der festen Meinung, das Zusammenwachsen der getrennten Teile Deutschlands könne nur gelingen, wenn es eingebettet sei „in den Prozess der Überwindung des Ost-West-Konflikts in Europa“. Dies waren prophetische Worte, wie sich mehr als 20 Jahre danach zeigen sollte.

Nach knapp dreijähriger Regierungszeit hoffte Kiesinger bei der Bundestagswahl am 28. September 1969 die Ernte seiner Arbeit als Bundeskanzler einzufahren. Obwohl CDU/CSU zulegen und nur knapp die absolute Mehrheit verfehlten, verständigten sich SPD und FDP auf eine sozialliberale Koalition und verwiesen die Union in die Opposition. Schmerzlich musste Kiesinger erkennen, dass sein Slogan „Auf den Kanzler kommt es an“ nicht verfangen hatte. Zu Unrecht blieb er nur als „Zwischenkanzler“ oder „Kanzler auf Abruf“ in Erinnerung, der zudem noch von der eigenen Partei für den Verlust der Macht nach zwanzig Jahren verantwortlich gemacht wurde. 1971 folgte ihm Rainer Barzel als CDU-Vorsitzender nach. Der Bundestagsabgeordnete Kiesinger (1969–1980) zog sich auch im Parlament immer mehr zurück, nachdem das von ihm am 27. April 1972 vorgetragene Misstrauensvotum seiner Partei gegen Kanzler Willy Brandt nicht zum Sturz der SPD/FDP-Regierung geführt hatte.

## ALTERSRUHESETZ IN TÜBINGEN



Der Porträtmaler Gunter Rittner und Altbundeskanzler Kurt Georg Kiesinger stehen im Juli 1976 neben dem fertig gestellten und nach Angaben von Kiesinger äußerst gelungenen Gemälde. FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA

Mit 76 Jahren zog sich Kiesinger ganz aus der Politik zurück und lebte als Ruheständler in Tübingen. Hoch dekoriert mit zahlreichen in- und ausländischen Auszeichnungen, Ehrendokortiteln und Ehrenbürgerwürden – 1969 von Ebingen, 1976 von Konstanz und 1979 von Tübingen –, widmete er sich seinen Memoiren, die er jedoch nicht mehr fertigstellen konnte. Nach längerer Krankheit starb Kurt Georg Kiesinger am 9. März 1988 in Tübingen. Bund und Land ehrten ihn am 18. März 1988 mit einem Staatsakt in Stuttgart, zur letzten Ruhe wurde er in Tübingen bestattet. Die Verdienste des Staatsmannes Kiesinger harren der wissenschaftlichen Aufarbeitung, die allein ein abschließendes Urteil seiner Arbeit als Abgeordneter, Ministerpräsident und Bundeskanzler erlaubt.

Frank Raberg

„Auf den Kanzler kommt es an.“ Mit diesem Slogan und einem Foto von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger warb die CDU vor den Bundestagswahlen 1969 für Stimmen.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA